

FLÜCHTLINGSHILFEN VOR ORT SIND DRINGEND NOTWENDIG

Heute möchten wir einmal über den Freiburger Tellerrand hinaus schauen und einen Beitrag posten zu einem Thema, das auch uns wichtig ist: Der Flüchtlings-Problematik und der Frage, wo vor allem mehr getan werden kann, um sie zu bewältigen. Michael Managò, Pressesprecher und Vorstandsmitglied bei Freiburg Lebenswert, meint dazu: "Mit meinem Freund und Schulkamerad Dominik Bartsch, der für die UNO die Flüchtlingshilfen in Syrien und im Irak koordinieren soll, habe ich mich mehrfach über dieses Thema ausgetauscht. Er ist verzweifelt und frustriert darüber, wie wenig Hilfe von westlichen Ländern zur Hilfe vor Ort - entgegen aller offizieller Beteuerungen - geleistet wird."

Dominik Bartsch ist ständig im Irak und Syrien vor Ort und kennt die schlechten Lebensumstände und die Perspektivlosigkeit dort in den Flüchtlingslagern seit Langem. Im ARD-Magazin Monitor meint er: "Jetzt stellen Sie sich vor, Sie würden unter diesen Umständen leben. Ist das nicht vorstellbar, dass Sie in diesem Umfeld auf den Gedanken kommen 'es geht nicht mehr, ich kann nicht mehr, ich muss hier weg'?!"

Siehe hier den Monitor-Bericht in der ARD-Mediathek:

<http://www.ardmediathek.de/tv/Monitor/Fluchtursachen-bek%C3%A4mpfen-Wie-die-Fl%C3%BCcht/Das-Erste/Video?documentId=31484318&bcastId=438224>



HYSTERIE IST KEIN GUTER RATGEBER

Pressemitteilung vom 16.10.2015

Die Pressemitteilungen verschiedener Parteien im Gemeinderat (Grüne am 14.10. sowie CDU, SPD, FW und FDP am 13.10.2015) zeugen angesichts der Flüchtlingswellen von einer planlosen Hysterie und propagieren nun wieder ein hemmungsloses Bauen sowie den Abbau von Hürden für die Bauindustrie. Baubürgermeister Martin Haag plädiert sogar dafür, der Wohnungsbau solle „Vorrang vor Natur- und Artenschutz“ haben und fordert außerdem, den Zugriff des Staates auf private Grundstücke zu erleichtern. (vgl. <https://freiburg-lebenswert.de/haags-angriff-auf-eigentum-und-naturschutz>). Wir wundern uns sehr, dass die anderen Parteien solche Angriffe auf den Naturschutz und die Eigentumsrechte der Bürger offenbar mittragen wollen.

Wir lehnen es ab, die Problematik um die Flüchtlinge für parteipolitische Ziele und für ein „Bauen auf Teufel komm raus“ zu missbrauchen. Die Probleme mit den Flüchtlingen liegen ganz woanders. So beispielsweise bei fehlenden Kapazitäten zur Registrierung und Betreuung, fehlenden Erstaufnahme-Unterkünften, mafia-ähnlichen Strukturen bei Schleppern und bei der „Selbstorganisation“ innerhalb der Unterkünfte, mangelndem Schutz von Frauen etc. Statt diese sozialen Probleme anzugehen, werden die Flüchtlinge nun als Vehikel benutzt, um der Bauindustrie leichter weitere Flächen zur Verfügung zu stellen, auf denen diese dann bauen kann, und um falsche Signale zu setzen. Neubau bedeutet aber in erster Linie hochpreisiges Bauen. Eine Mehrheit der Freiburger ist aber (neben der Verkehrssituation) unzufrieden mit der Baupolitik in ihrer Stadt, wie die jüngst veröffentlichte Bürgerumfrage gezeigt hat (vgl. <https://freiburg-lebenswert.de/mehrheit-unzufrieden-mit-baupolitik> bzw. die Ergebnisse der Umfrage bei <http://www.freiburg.de/pb/,Lde/207932.html>).

Was Freiburg braucht, ist dagegen bezahlbarer Wohnraum und sozialer Wohnungsbau. Wir fordern deshalb zum wiederholten Mal, die Stadtbau – wie es die Statuten eigentlich fordern – nicht gewinnmaximierend, sondern ausschließlich auf bezahlbaren Wohnraum und sozialen Wohnungsbau auszurichten (vgl. <https://freiburg-lebenswert.de/unser-programm/wohnungspolitik-2>). Städtische Flächen sollten nur noch für eine solche Bebauung freigegeben werden. Gebäude mit ausschließlicher Büronutzung, wie an der Bahnhofsachse perlenkettenartig aufgereiht, sollte es nicht mehr geben. Eine 50 %-Regelung (entsprechend dem Geschosswohnungsbau) wäre auch für den Bau solcher Gebäude wünschenswert.

Jeder weiß, dass Hysterie kein guter Ratgeber ist. Freiheitsrechte, Eigentumsrechte,

Umwelt, Grünflächen und Natur sind, wenn sie leichtsinnig aufgegeben werden, meist für immer verloren. Wir begrüßen ausdrücklich und grundsätzlich die „deutsche Willkommenskultur“ gegenüber Kriegs- und Terror-Flüchtlingen. Sie darf das Ansprechen von Missständen aber nicht ausschließen. Und vor allem darf sie nicht für Ziele, die damit nichts zu tun haben, wie ein „Bauen auf Teufel komm raus“, missbraucht werden; zumal die Flüchtlinge, mangels geeigneter Arbeitsplätze, größtenteils wohl nicht in Freiburg bleiben werden.

Zur Erläuterung: Diese Pressemitteilung (PM) des Vereins Freiburg Lebenswert e. V. greift die Ergebnisse der Diskussion auf dem letzten Treffen der Vereinsmitglieder am 14.10.2015 auf. Es wird außerdem auf die [Pressemitteilung der Fraktionsgemeinschaft Freiburg Lebenswert/Für Freiburg \(FL/FF\) vom 16.10.2015](#) verwiesen. Die beiden Pressemitteilungen sind abgesprochen und sollen sich gegenseitig ergänzen: Während die hier vorliegende mehr grundsätzliche Themen anspricht, die dem Verein wichtig sind, stellt die der Fraktion den konkreten Vorschlag zur Aufnahme von Flüchtlingen in Privathaushalten in den Vordergrund.

Freiburg Lebenswert e.V.
Pressesprecher: Michael Managò
E-Mail: presse@freiburg-lebenswert.de
www.freiburg-lebenswert.de

Hier die Pressemitteilung als PDF-Datei: [Freiburg_Lebenswert_Pressemitteilung_16_10_2015](#)

PRIVATE UNTERKÜNFTE FÜR FLÜCHTLINGE

Freiburg Lebenswert

Fraktionsgemeinschaft Freiburg Lebenswert / Für Freiburg

Für Freiburg

Auszug aus der

Pressemitteilung der Fraktion FL/FF:

Flüchtlingsproblematik: Lösungen statt Panikreaktionen

Die Stadt bekommt pro Flüchtling 13.260 € in 2015 und 13.972 in 2016 für eine angenommene Aufenthaltsdauer von 18 Monaten. Momentan sind Freiburg rund

2.200 Flüchtlinge zugewiesen. Die Stadt erhält für diese Flüchtlinge also rund 30 Mio. €. Von diesem Geld geht ein nicht unerheblicher Anteil in den Kauf von Grundstücken, in den Bau von Flüchtlingsunterkünften, in den Kauf von Containern und deren Ausstattung und in die Verpflegung der Flüchtlinge.

Nutznieser dieser Politik sind also Grundstückseigentümer, Bauunternehmer, Containerhersteller, Caterer. „Einige Wenige profitieren, die meisten Bürger haben, neben durchaus manch kultureller Bereicherung durch die Flüchtlinge, Nachteile hinzunehmen“, gibt Klaus-Dieter Rückauer zu bedenken. Um dieses Ungleichgewicht zu beseitigen, wäre es nach Meinung von FL/FF sinnvoll, die Bürger einzubeziehen. Ein Teil der Landesgelder sollte den Bürgern zur Verfügung gestellt werden, die bereit sind, Flüchtlinge für 18 Monate bei sich aufnehmen.

Nach Schätzungen der Stadt müssen 180 bis 200 neue Stellen in der Stadtverwaltung für Sozialarbeit und Betreuung, Koordination, vorschulische und schulische Versorgung und Integration geschaffen werden. Diese Personalstellen werden mit 8,4 Mio. € pro Jahr veranschlagt. Auch von diesem Geld könnte ein kleiner Teil eingespart werden, der für Sicherheitspersonal, Hausmeister,... vorgesehen ist. Übrig bliebe ein Personalkostenanteil von geschätzt etwa 7,5 Mio. €, also ein Viertel der vom Land erhaltenen 30 Mio. €. Etwa ein geschätztes weiteres Viertel wird für Gesundheitsausgaben und Taschengeld der Flüchtlinge benötigt. Damit stünde etwa die Hälfte des Geldes, das das Land für jeden Flüchtling überweist, den Bürgern zur Verfügung, welche einen oder mehrere Flüchtlinge bei sich aufnehmen. Das wären grob 7.000 € pro Flüchtling, bei einem Ehepaar 14.000 €, bei einer Familie mit zwei Kindern 28.000 €! Bei einer Einwohnerzahl von 220.000 und momentan 2.200 zu beherbergenden Flüchtlingen müsste jeder 100. Bürger Freiburgs einen Flüchtling in sein Haus oder seine Wohnung aufnehmen.

Dazu meint Gerlinde Schrempf: „Die Unterbringung, die die Stadt vor enorme logistische Probleme stellt, könnte, heruntergebrochen auf aufnahmebereite Bürger, zu einem lösbaren Problem ohne nachteilige Begleiterscheinungen werden. Angesichts der enormen Hilfsbereitschaft der Freiburger Bürgerschaft ist dies kein unrealistisches Szenario.“

Hier die ganze Pressemitteilung der Fraktion FL-FF:

[PM zur Flüchtlingsproblematik vom 16.10.2015](#)

Siehe auch die Pressemitteilung von Freiburg Lebenswert:

[Freiburg_Lebenswert_Pressemitteilung_16_10_2015](#)

VIER ANFRAGEN DER FRAKTION FL-FF

Freiburg Lebenswert

Für Freiburg

Fraktionsgemeinschaft Freiburg Lebenswert / Für Freiburg

Die Fraktionsgemein-

schaft Freiburg Lebenswert / Für Freiburg (FL-FF) hat in den letzten Tagen und Wochen mehrere Anfragen an die Stadtverwaltung gestellt, die wir hier gerne im Wortlaut (als PDF-Dateien) zum Nachlesen dokumentieren möchten:

1.) [Anfrage zur medizinischen Versorgung \(vom 29.09.2015\)](#)

Aufgrund der stark angewachsenen Zahl von Flüchtlingen ergibt sich das Erfordernis einer adäquaten medizinischen Versorgung. Viele Ärztinnen und Ärzte wie auch Angehörige des Pflegepersonals sind bereit, sich dafür einzusetzen, tun dies bislang aber überwiegend auf ehrenamtlicher Basis. Ungeklärt sind dabei einige rechtliche und organisatorische Fragen.

2.) [Zur Gartenstrasse 22 \(vom 17.09.2015\)](#)

Das Haus Gartenstraße 22 wurde Mitte der Neunziger Jahre abgerissen und der ehemalige Garten sollte für eine Tiefgarage und oberirdische Stellplätze überbaut werden. Ein Einspruch der Nachbarn und eine Begehung mit dem Bauherrn, Vertretern der Stadt und des Regierungspräsidiums führten zu der Einigung, dass bis zur Bebauungsgrenze eine Garagenanlage mit sogenannten Doppelparkern errichtet werden sollte. Der hintere Teil des Grundstücks sollte erneut als Garten mit Baumbestand gestaltet werden. Im Januar 2013 stellten die Nachbarn jedoch fest, dass, entgegen der gemachten Versprechungen, der gesamte Gartenbereich versiegelt und Parkplätze eingerichtet wurden. Der Brief Nachbarin vom 26.2.2013 diesbezüglich an das Baurechtsamt blieb bis heute unbeantwortet.

3.) [Zur Gleichensteinvilla \(vom 17.09.2015\)](#)

Wir sind darauf aufmerksam gemacht worden, dass auf dem Flurstück 338/0 (Werthmannstraße 11, Gleichensteinvilla) ein Neubau mit einer Höhe von 8 m erstellt werden soll. Im hinteren Teil des Grundstückes gibt es einen parkähnlichen Garten mit früheren Stallungen und Gesindehaus. Letzteres soll abgerissen werden, eine Bebauung ohne Grenzabstand zum Flurstück 343 sei geplant. Über die beabsichtigten Baumaßnahmen wurden nur die unmittelbar angrenzenden Anwohner in Kenntnis gesetzt. Die Konsequenzen aus der geplanten Bebauung werden aber von allen Anwohnern

des Quartiers getragen werden müssen. Sollten die vorhandenen Bäume im Garten entfernt werden, so fällt ein natürlicher Filter für die Immissionen (Schadstoffe, Lärm) von der B31 weg. Ganz allgemein würde dadurch ein positiver Einfluss auf das Stadtklima reduziert werden.

4.) Behinderte Personen an Haltestellen VAG (vom 29.09.2015)

Nach dem Bürgergespräch im Seepark am 23.09.2015 mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Salomon wurde Gerlinde Schrempf von verschiedenen Personen angesprochen mit der Bitte, die problematischen Punkte an verschiedenen Haltestellen für behinderte Personen, aber auch Personen mit Kinderwagen nochmals aufzugreifen und diese Ihnen vorzutragen.

INTERFRAKTIONELLE UNTERSTÜTZUNG FÜR FLÜCHTLINGE

Freiburg Lebenswert

Für Freiburg

Fraktionsgemeinschaft Freiburg Lebenswert / Für Freiburg

Die Fraktion Freiburg Lebenswert/Für Freiburg (FL/FF) hat das von allen Fraktionen und Gruppierungen im Freiburger Gemeinderat unterzeichnete Unterstützerschreiben bezüglich der drohenden Abschiebung der Familie Kovaci an die Härtefallkommission des Landes Baden-Württemberg "in Verantwortung für die langjährig in unserer Stadt lebenden und gut integrierten Roma-Flüchtlinge" mit unterzeichnet.

"Wir möchten diese Roma-Familie, die bei uns in Freiburg willkommen und in der Lage ist, sowohl ihren sozialen wie auch wirtschaftlichen Beitrag auf dem Arbeitsmarkt zu leisten, vor dem Schicksal einer zwangsweisen Rückführung bewahren. Für

die Kinder würde dies den Schulabbruch bedeuten und weder ihnen noch ihren Eltern eine Lebensperspektive bieten.“ – so die Begründung des gemeinsamen Anliegens der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen in dem Schreiben.

Hier das [Schreiben der Fraktionen zur Familie Kovaci \(Mai 2015\)](#)